

Beschlussempfehlung

Ausschuss
für Rechts- und Verfassungsfragen

Hannover, den 28.11.2012

Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag über die Übertragung von Aufgaben nach §§ 802 k Abs. 1 Satz 2, 882 h Abs. 1 Satz 2 und 3 der Zivilprozessordnung und § 6 Abs. 1 Schuldnerverzeichnisführungsverordnung und § 7 Abs. 1 Satz 1 der Vermögensverzeichnisverordnung zur Errichtung und zum Betrieb eines gemeinsamen Vollstreckungsportals der Länder

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 16/5426

Berichtersteller: Abg. Stefan Politze (SPD)
(Es ist ein schriftlicher Bericht vorgesehen.)

Der Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen empfiehlt dem Landtag, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen.

Mechthild Ross-Luttmann
Vorsitzende